

Volks- und Anzeigebblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 M. 15 Pfg.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Einsendungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirke 6 S., außerhalb
des Bezirke 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch u. Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Aufnahme.

Nro. 19.

Winnenden, Donnerstag den 14. Februar

1895.

An die Wähler des Bezirke Waiblingen.

Mitbürger! Am 1. Februar haben die Wähler des ganzen Landes gesprochen und 94 000 Stimmen für die Partei des Volkes abgegeben, das beweist, daß man allgemein Ursache hat, mit der schwächlichen Politik des letzten Landtages unzufrieden zu sein.

Mitbürger! Die große Mehrzahl der Wähler des Bezirke hat schon bei der ersten Wahl durch ihre Abstimmung ausgedrückt, daß auch sie mit der Arbeit der deutschen Partei nicht zufrieden sein kann.

Mitbürger! Machen wir es auch so wie die andern Bezirke, wählen wir diesmal nicht den Kandidaten der Herrenpartei, sondern den Kandidaten der Volkspartei,

Hrn. Gemeinderat Aug. Binz in Winnenden,

er wird das Vertrauen, das ihm die Wähler schenken, durch treue Pflichterfüllung und durch eifrige Hingabe für die Sache des Volkes zu würdigen wissen, er wird eintreten für die Forderungen seines Programms und halten was er versprochen hat.

Wir empfehlen den Wählern unsern Kandidaten mit bestem Gewissen.

Das Wahlkomite.

Die gestern in großer Anzahl im

Gasthof zur Post in Waiblingen

versammelt gewesenen Wähler des Herrn Rößler (aus Waiblingen und aus den Bezirkeorten) haben folgenden Beschluß gefaßt:

Die konservative Partei spricht in Bezug auf die kommende Stichwahl ihre Ansicht dahin aus, daß sie den konservativen Wählern empfiehlt, demjenigen Kandidaten die Stimme zu geben, der ihr am nächsten steht, d. h.

Herrn Schultheiß & Landwirt Oettinger in Enderbach.

Waiblingen, den 11. Februar 1895.

Das Röhrl'sche Wahlkomite.

Revier Welzheim.

Beugholz-Verkauf.

Am Mittwoch den 20. Februar,

vormittags 10 Uhr

in der **Rose in Oberndorf** aus den Staatswaldungen Oberes Burg-
holz, Dichteneichen, Drehlade, Fahrhalbe und Vorderer Hobestraße:

Nm. **Buchen**: 167 Scheiter, 81 Prügel, 145 Anbruch;

„ **Nadelholz**: 44 Scheiter, 47 Prügel, 203 Anbruch.

Waiblingen.

Landwirtschaftl. Bezirksverein.

Die gemeinschaftlichen Aemter **Wittensfeld, Enderbach, Grobheppach, Hanweiler, Hegnach, Hertmannsweiler, Hochdorf, Hohenecker, Kellmersbach, Oypelsbohm, Nettersburg, Schwaibheim, Steinach, Strümpfelbach** erhalten im Auftrag der K. Zentralstelle für die Landwirtschaft Fragebögen zur Ermittlung des Stands des landwirtschaftlichen Fortbildungswesens im Winter 1894/95. Da von der zu gebenden Uebersicht die Bemessung der Staatsbeiträge abhängt, so werden die gemeinsch. Aemter gebeten, die übersichteten Tabellen **sorgfältig auszufüllen**, namentlich was die Stundenzahl des Unterrichts (Z. 8) betrifft, und solche entsprechend ausgefüllt mit Unterschrift auf der letzten Seite versehen, **spätestens bis zum 10. März d. J. zurückzugeben**. Dazu wird bemerkt, daß unvollständig beantwortete Fragebögen bei Bemessung des Staatsbeitrags unter Umständen außer Betracht bleiben.

Sollte in einer Gemeinde zwar keine Fortbildungsschule, aber eine Abendversammlung oder Leseverein eingerichtet gewesen, oder eine Orts-

bibliothek vorhanden sein, so wollen die betreffenden Anstalten in der Uebersicht aufgeführt werden.

Zu Anträgen wie etwa bezüglich des Kostenpunktes oder in andern Beziehungen, ist in Z. 12 Gelegenheit gegeben.

Sollten noch in andern, als den oben angegebenen Gemeinden Fortbildungsschulen mit landwirtschaftl. Unterricht in diesem Winter bestanden haben, so wäre dies von den betreffenden gemeinschaftl. Aemtern sofort hieher anzuzeigen, damit auch diesen Fragebögen zur Verantwortung zugesandt werden.

Schließlich wird noch bemerkt, daß nur **pünktlich ausgefüllte und vollständig unterzeichnete Uebersichten** an die K. Zentralstelle für die Landwirtschaft eingesendet werden dürfen und daß **Uebersichten, welche zu spät einlaufen, unberücksichtigt bleiben müssen**.

Die Herren Ortsvorsteher wollen die betr. Herren Ortsgeistlichen auf dieses Ausschreiben aufmerksam machen.

Den 8. Februar 1895.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein:

Vorstand:

Reg. Rat **L h y m.**

Sekretär:

Oberamtspfleger **C h e l.**

Reutlinger Kirchenbau-Lose

gültig für die 2. Ziehung am 5. März 1895

Hauptgewinne 25 000, 10 000, 5 000 Mark u. s. w.

sind à 2 M. zu haben in der

E. Hub'schen Buchdruckerei Winnenden.

Zur Stichwahl.
An die Wähler des Oberamtsbezirks Waiblingen.
Paßt auf, wehrt euch eurer Haut!

Die Herrenpartei will euch wieder einen blauen Dunst vormachen und eure Stimmen abfangen mit allerhand Lügen und Verleumdungen. Wie bei der letzten Reichstagswahl wird wieder ein Bauer und Weingärtner in einem Flugblatt aufmarschieren und euch sagen wollen, der **Kornzoll** sei schuld, daß die Frucht um 3—4 Mark abgeschlagen habe und die Volkspartei wolle die Weinstener einführen, dann können die Weinberge mit Forchenwald eingepflanzt werden. Alles eitel Lug und Trug.

Bezüglich des **Fruchtpreises** machen wir die Landwirte darauf aufmerksam, daß z. B. **Stroh** im Sommer 1893 pr. Ztr. M. 4.— kostete, während es heute nur noch M. 1.20 kostet; bei Stroh giebt es keine Einfuhr und keinen Zoll und doch der große Preisunterschied. Woher kommt dies? Einfach davon, daß im letzten Jahr Stroh im Ueberfluß gewachsen ist. Es fällt niemand ein, einen Stroh Zoll zu verlangen. Uebrigens hat auf die Zollgesetzgebung Herr Dettinger aus Enderzbach so wenig Einfluß als Herr Binz, weil dies in Reichstag gehört und zudem ist Herr Dettinger ebenfalls nicht für eine weitere Erhöhung des Zolles, wie auch seine die deutsche Partei im Reichstag für den Handelsvertrag gerade so eingetreten ist wie die Volkspartei.

Bezüglich der **Weinstener** erinnern wir die Weingärtner wiederholt daran, daß die Volkspartei allein das Verdienst hat, die vom Reiche geplante Weinstener zum Falle gebracht zu haben und nun wird dieselbe Partei beschuldigt, eine württembergische Weinstener einführen und damit die Weingärtner schädigen zu wollen, das ist einfach eine grobe Unwahrheit.

Die Volkspartei ist für **Ab Abschaffung des Umgeldes**, weil sie diese Besteuerung für ungerecht hält, es handelt sich hierbei mehr um Befestigung der Keller-Controle als um eine Entlastung, sollte sich aber dabei ein kleiner Steuer-Ausfall ergeben, so wird der Ersatz in der progressiven Einkommensteuer gesucht werden, welche die Last auf die reichen Leute und nicht auf die armen Weingärtner legen wird. Der Kandidat der Herrenpartei hat sich ebenso für Abschaffung der lästigen Keller-Controle erklärt wie der Kandidat der Volkspartei.

Nun aber zu den **Thaten** der Herrenpartei, von welcher Herr Dettinger so warm empfohlen wird. Waren diese Herren nicht immer dabei wenn im Landtag und Reichstag die Lasten des kleinen Mannes vergrößert wurden, so daß sie schließlich kaum mehr zu tragen sind?

Wer hat denn im Landtag der Beamten-Gehaltsaufbesserung zugestimmt? Die Herrenpartei!

Wer hat die Schultheißenpension bewilligt? Die Herrenpartei!

Wer hat die großen Militärausgaben mit bewilligt? Die Herrenpartei!

Wer hat das Unfall- und Invaliditätsgesetz genehmigt? Die Herrenpartei!

Wer hat dem Branntweinsteuergesetz, welches die landwirtschaftlichen Brennereien in Württemberg so schwer geschädigt hat, zugestimmt? Die Herrenpartei!

Wer hat bei der letzten Reichstagswahl gesagt, daß die Kosten

der neuen Militärvorlage nicht auf die Schulter des armen Mannes gelegt werden dürfen? Die Herrenpartei!

Und wer wird der neuen Tabaksteuervorlage, welche die feine Havannah-Cigarre niedriger besteuert als den gewöhnlichen Rauchtabak, zustimmen? Die Herrenpartei!

Als ob die Tasche des Volks nimmer leer werden könnte wurde im Landtag und im Reichstag darauf losbewilligt und wenn das Glück eines Volkes mit dem Verbrauch der Staatsgelder wachsen würde, so müßten wir in der größten Glückseligkeit leben.

Ihr Wähler schaut euch doch um; warum wird denn der Kandidat der Volkspartei so heftig bekämpft von den Herren? nicht wegen dem Zoll und auch nicht wegen der Abschaffung des Umgeldes! Die Not der Landwirtschaft, des Kleinhandwerkers und des Gewerbestandes wird die Leute nicht so sehr bekümmern, da man ihnen doch erst kürzlich die Gehaltsaufbesserung bewilligt hat, sondern die Herren befürchten, die Volkspartei werde endlich einmal nach dem Rechten in der Kammer sehen und mit Sparen Ernst machen.

Dort sitzt der Haas im Pfeffer und darum schreiben die Herren in der Stadt so eifrig Flugblätter und unterzeichnen solche als Bauer und Weingärtner aus Neustadt oder sonst woher, sie zeigen sich damit so recht als politische Füchse in Schafskleiden, welche ihren Gegner mit Schimpfnamen umbringen und die bauerlichen Wähler mit solchen gefälschten Schriftstücken täuschen wollen. Paßt auf ihr Wähler, damit ihr nicht wieder den Platz neben das Loch seket und den wählet, welcher auf Seiten der Herren aus eurem Leder Riemen schneidet.

Seither habt ihr immer Vertreter der Herrenpartei in Landtag gewählt und was habt ihr damit erreicht? Denket ein wenig nach und wählet auch einmal einen von der Volkspartei, ob's nicht besser wird. Denket daran, daß durch die langjährige unermüdlige Agitation der Volkspartei endlich die zweijährige Militärpräsenzzeit gekommen ist. Denket daran, daß die Volkspartei euch voriges Jahr in der Zeit der größten Futternot die Kaisermandöver vom Hals gehalten hat. Denket daran, wie sich die Volkspartei immer und stets für das Wohl des kleinen Mannes gewehrt hat. Denket daran wie die andern Bezirke durch die Wahl aus dem kleinen Häuflein der Volkspartei in der letzten Kammer eine große Partei gemacht haben. Denket daran, daß diese Zahl durch die Stichwahlen noch viel größer werden wird und dann müßt ihr euch sagen, ja es wäre nicht klug, wenn wir wieder der Herrenpartei folgen wollten, wir probiren es einmal mit einem Mitglied der Volkspartei, wir probiren es mit dem Kaufmann und Gemeinderat **Aug. Binz in Winnenden**, welcher zeitlebens stets auf unserer Seite gestanden ist trotz aller Anfechtungen von oben, trotz aller Verleumdungen der herrschenden Parteien, welcher keine Streberei an der großen Küche in Stuttgart treiben kann und auch nicht will, welcher nachher sein wird was vorher, ein einfacher schlichter Bürger, aber ein Ehrenmann durch und durch.

Mitbürger! Die Entscheidung liegt in Eurer Hand, wählet den Volksmann

Aug. Binz in Winnenden.

Das Wahlkomitee der Volkspartei.

W i n n e n d e n .

Kurs im Zuschneiden.

Beehre mich ergebenst anzuzeigen, daß ich **Montag den 18. Februar** einen 14tägigen Kursus im

Z u s c h n e i d e n

(Zuschneiden nach Körpermaß, Musterschnittzeichnen) dahier eröffnen werde.

Während des Kurses wird ein **Aleid** angefertigt und macht sich das Honorar von 12 M. **dadurch** weitaus bezahlt.

Anmeldungen werden persönlich entgegengenommen in meiner Wohnung bei Frau Gerichtsnotar **Krauss** dahier. Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Emma Wetzka,
Lehrerin der Zuschneidekunst.

MAGGI'S

Suppenwürze ist frisch eingetroffen bei:
Adolf Dorn.

Die leeren Originalfläschchen von 65 S werden zu 45 S und diejenigen à M. 1.10 zu 70 S mit Maggi's Suppenwürze nachgefüllt.

Steuer-Büchlein

sind zu haben bei

E. Fuß, Buchdrucker.

Methodistenkirche Winnenden.

Nächsten **Donnerstag den 14. Febr.,**
abends 7 1/2 Uhr

wird Missionar **Dr. Lüring**, welcher längere Zeit in Singapur, Südchina und unter den Dajaken in Borneo gearbeitet hat, einen

Missions-Vortrag

halten. Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Fr. Böpple.

W i n n e n d e n .

Im Wege der Zwangsversteigerung werden durch den Gerichtsvollzieher heute

Donnerstag, vorm. 10 Uhr bei Schneider **Schaidler**, im Hause des Heinrich Kleinmann, nachstehende Gegenstände an den Meistbietenden verkauft:

ca. 150 Liter Most, ein Faß 350 Liter, ein bto. 180 Liter und ein kleines Faßchen 50 Liter haltend, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Gerichtsvollzieher **Maß.**

Lehrverträge

bei **E. Fuß,** Buchdrucker.

W i n n e n d e n .

Ein kleineres

L o g i s

für eine einzelne Person habe sogleich oder bis Georgii zu vermieten.

E. Mann.

W i n n e n d e n .

25 Zentner

hohes Kleeheu

und 30 Zentner

Wiesenheu u. Gehnd

hat zu verkaufen.

Wer? sagt die Redaktion.

**Hanweiler.
Hochzeitseinladung.**

Alle unsere Freunde und Bekannte, bei welchen wir unsere Aufwartung nicht persönlich machen konnten, erlauben wir uns hiemit zu unserer am **Samstag u. Sonntag den 16. u. 17. Febr.** im Gasthaus **z. Krone** dahier stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Der Bräutigam:

Wilhelm Schäfer.

Die Braut:

Pauline Schneider.

Die Eltern:

Ernst Schäfer, Bomeindepfleger.

Gottlieb Schneider.

Obiger Einladung anschließend ladet ebenfalls zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

Paul Wilhelm z. Krone.

Schuld- und Bürgscheine
bei **G. Fuß, Buchdrucker.**

W i n n e n d e n.

Unterzeichneter empfiehlt

reines Schweineschmalz
70 $\frac{1}{2}$ per Pfd.,
Schweinefleisch 65 Pfg. pr. Pf.,
Speck 65 Pfg. pr. Pfd.
Rebiger Luier

W i n n e n d e n.

Mädchen-Gesuch.

Ein ordentliches Mädchen, nicht unter 20 Jahren, welches bürgerlich kochen kann, wird zum sofortigen Eintritt in ein gutes Haus nach **Cannstatt** gesucht. Näheres bei **Marie Kiedaisch.**

Leutenbach.

Einen möglicherweise zugehörigen Burschen aus guter Familie nimmt in die

Lehre

Im. Schönleber,
Schuhmacher.

Frachtbriefe
und **Gilfrachtbriefe**

bei **G. Fuß, Buchdrucker.**

Birkmannsweiler.

**Hochzeits-
Einladung.**

Wir beehren uns hiemit, alle unsere Freunde und Bekannte, bei denen wir unsere Aufwartung nicht persönlich machen konnten, zu unserer am **Samstag den 16. Febr.** im Gasthaus **z. Sonne** dahier stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Der Bräutigam:

Friedrich Schäfer.

Die Braut:

Pauline Kull.

Die Eltern:

Jakob Kull,

Steinbauernstr. u. Gem. Rat.

Ludwig Schäfer.

Obiger Einladung anschließend ladet ebenfalls zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

Haller z. Sonne.

Dankagung.

Meine Tochter, 5 Jahre alt, litt seit stark einem halben Jahre an Kropfhafter Augen. sogen. Horn- und Bindehaut-Entzündung. Die Augen und zum Teil auch die Stirn waren mit Geschwüren, welche stark eiterten, vollständig bedeckt. Nachdem ich schon verschiedene Aerzte zu Rat gezogen, indes immer ohne Erfolg, wandte ich mich in meiner Not an den **homöopathischen Arzt Herrn Dr. med. Volbeding in Düsseldorf, Königsallee 6,** welcher Herr meine Tochter in ca. vier Wochen vollständig heilte; dem Herrn Doktor meinen herzlichsten Dank.

Franz Christen,
Hilden, Venratherstr. 21.

Sicheren Erfolg

bringen die bewährten u. hochgeschätzten **Kaiser's**

Pfeffermünz-Caramellen

bei **Appetitlosigkeit, Magenweh**

u. **schlechtem verdorbenen Magen.**

In Pack. à 25 Pf. zu haben in den

alleinigen Niederlagen bei

H. Gahn b. d. Rose, Winnenden.

Fr. Gastein, Schwaikheim.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Februar. Hise (Ztr.) begründet seine Interpellation über die beabsichtigten Formen, um in Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Febr. 1890 den Arbeitern die Vertretung bei der Regelung ihrer Angelegenheiten zu sichern. Das Zentrum wünscht die Schaffung eines Gesetzwurfs über die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter, also Arbeiterkammern. Den Arbeitern sei die Koalitionsfreiheit zu gewähren. Redner hofft, daß durch das Gesetz eine Brücke zur Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern geschaffen werde. Das Wachstum der sozialdem. Stimmen müsse eine ernste Mahnung sein, aus der sozialdem. Partei eine sozialreformatorische zu machen; dazu bedarf es der Mitwirkung der Arbeitgeber. Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Die betr. Frage hat dem Bundesrat nicht vorgelegen. Bei der preuß. Regierung besteht kein Zweifel über die Aufgabe, die Erlasse des Kaisers durchzuführen. Ob ein Gesetzwurf baldigt vorgelegt wird, diese Frage zu beantworten ist derzeit unmöglich, weil die unternommenen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Fischer (Soz.) führt aus, es sei nicht die Hauptsache, was die Abg. Hise und Lieber bei ihrer Interpellation aus den Erlassen des Kaisers herausgriffen, darin seien noch wichtigere Punkte enthalten, z. B. die Feststellung der Maximalarbeitszeit. Warum werde nicht die Arbeiterschutzeschgebung weiter ausgebaut? Dieselbe entspreche bis jetzt nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen der christlichen Charitas. Wenn man den Arbeitern wirklich helfen wolle, solle man ihnen statt allem sozialreformatorischen Krimskram die Koalitionsfreiheit zur Bildung von Arbeiterausschüssen geben. Redner wirft den Natl. schamlosen Parteiterrorismus vor und sucht nachzuweisen, daß die Unternehmer alle Wohlfahrtsanstaltungen nur in ihrem eigenen Interesse machen. — Minister Febr. v. Verlepsh erwidert dem Redner: die größte Zahl der Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei nur auf sozialistische Agitationen zurückzuführen. (Lachen bei den Soz.) Wer nicht mit den Sozialdemokraten gebe und sich ihrem Willen beuge, sehe sich schweren Folgen aus, so daß dies der Regierung zu bedenken gebe, ob es nicht notwendig sei, in der sozialen Gesetzgebung immer das Moment in Frage zu stellen, in wie weit durch dieselbe wohl zu einer Stärkung der sozialistischen Agitation beigetragen werde. Die Sozialisten seien für alle bis jetzt zur Arbeiterunterstützung verfügbaren Gesetze nur deswegen, weil diese dazu dienen, ihre Agitation, z. B. bei der Verwaltung der Krankenkasse, zu fördern, nicht aber, weil sie etwa von deren Nutzen für die Arbeiter erfreut seien. — (Lebh. Widerspruch bei den Soz.) v. Kardorff (N. B.) dankt dem Minister für seine Ausführungen und erklärt sich nunmehr beruhigt, da es mit dem in der Interpellation zum Ausdruck

gekommenen Verlangen noch gute Wege habe. Die Gefahr, daß den Sozialdemokraten neue Wege bereitet werden, sei dadurch beseitigt. Hierauf wird die Sitzung um 5 Uhr geschlossen. Fortsetzung der Beratung morgen 1 Uhr.

7. Februar. Die Besprechung der Interpellation des Zentrums betreffs Errichtung von Arbeiterkammern etc. wird fortgesetzt. Schneider (Freis. Volkspartei): Seine Partei glaube, die organisatorische Ordnung der Arbeiter sei nicht hintanzuhalten, wenn eine zwangsweise Organisation des Handwerkes und der Industrie erfolge. Besser als die zwangsweise Organisation ist die freie. Seine Partei wünsche, daß die Regierung der Interpellation so weit Folge gebe, daß den wirtschaftlichen Organisationen freierer Spielraum gelassen werde. Rettich (tonf.) tritt den Ausführungen des Vorredners betreffs der Tradeunions in England gegenüber. Seine Partei wolle nur solche Organisationen zulassen, welche die Arbeitgeber und die Arbeiter vereinigen. Köfide (lib., fraktionslos) legt auf die Bildung der Arbeiterkammern denselben Wert, wie auf die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. In den Bestrebungen der Arbeiter auf gesetzlicher Grundlage erblickt er keine Gefahr für die Gesellschaft. Er ist auch gegen gesetzgeberische Maßnahmen gegen Boykotts. Lieber (Zentr.) hält die Annahme, daß der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers durch diejenige des preuß. Handelsministers v. Verlepsh widersprochen worden sei, für irrig. Das Zentrum wolle mit der Interpellation ausdrücken, daß mit der Belämpfung des Umsturzes auch positive Maßregeln gleichen Schritt halten müssen.

8. Febr. Fortgesetzte Besprechung der Interpellation Hise (Zentrum) über die Errichtung von Arbeiterkammern etc. — v. Hepl (n.l.): Die große Mehrzahl der Nat. Lib. steht im Widerspruch zu der programmatischen Erklärung des preuß. Handelsministers. Wir wünschen eine sozialpolitische Reform auf dem Boden von Berufsgenossenschaften, welche Arbeitgeber und Arbeiter vereinigen. — Hüpeden (tonf.) verteidigt die ev. Arbeitervereine. Nur das praktische Christentum kann die Sozialreform weiterführen. Wir müssen die gewerkschaftliche Richtung der Sozialdemokratie fördern, welche von der politischen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie gebast wird. — Legien (Soz.): Gegen das Zugeständnis der Koalitionsfreiheit würden die Arbeiter auf die ganze sozialpolitische Gesetzgebung verzichten. Umsturzvorlage und Polizeiregiment fördern nur unsere Bestrebungen. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Damit ist die Interpellation erledigt. Es folgen nun die Wahlprüfungen, wobei folgende Wahlen für ungültig erklärt wurden: Bantleon-Heidenheim, Dr. Bickler und Kaffelmann (Freis. Volkspartei), Meist (Soz.), Greiß (Zent.) Bezüglich der Wahl Bantleons beantragt Klemm (natl.) die Gültigkeitserklärung, eventuell weitere Erhebungen darüber anzustellen. Nach sehr langer, äußerst lebhafter Debatte, an welcher sich Redner aller Parteien lebhaft beteiligten, wird die Wahl mit den Stimmen des

Zentrums, der Sozialdemokraten, beider freis. Fraktionen und der sodd. Volkspartei für ungültig erklärt. Nächste Sitzung morgen 2 Uhr. Interpellation des Febr. v. Mantuffel und Febr. v. Stumm betr. Verluste von Menschenleben bei Seegefahr. Ferner der Gesetzwurf betr. die Konsulatsgebühren. Der Präsident teilt mit, daß er am Montag die 2. Staatsberatung zu beginnen gedenke und zwar mit dem Etat des Reichstags, des Reichskanzlers und des Reichsamts des Innern. Schluß 1/7 Uhr.

9. Febr. v. Stumm (Reichsp.) begründet seine Interpellation über die Verhütung von Menschenverlusten bei Schiffsuntergängen. Er weist auf den Untergang der „Elbe“ hin. Das Verhalten des Kapitäns und der Mannschaft sei mangelhaft gewesen. Redner bespricht die Notwendigkeit staatlicher Kontrolle des Schiffsbaus und der Regelung des Wegerechts auf See. — Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärt, die Regierung richte ihre Aufmerksamkeit auf die Sicherstellung der Seetüchtigkeit der Schiffe durch staatliche Aufsicht, ferner auf die Sicherstellung des internationalen Seeverkehrsrechts, sowie auf die Ausstattung der Schiffe mit Rettungsmitteln. Die Regierungen nehmen mit der ganzen Nation lebhaften Anteil an dem furchtbaren Unglück der „Elbe.“ Die Vorwürfe auswärtiger Blätter gegen die Leitung des Schiffs entbehren jeder Begründung. Er hoffe, daß die auf der Washingtoner Konferenz 1889 vereinbarten Bestimmungen über das Seeverkehrsrecht bis nächsten Winter bei allen Schiffsnationen in Kraft treten. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Febr. v. Stumm, Dr. Gahn und Febr. ist die Interpellation erledigt. Debattelos wird die 1. und 2. Beratung der Vorlage betr. Konsulatsgebühren erledigt. Nächste Sitzung Montag. T. D.: Dritte Beratung letzterer Vorlage, außerdem Etat des Reichstags, des Reichskanzlers und des Reichsamts des Innern.

Landesnachrichten.

* **W i n n e n d e n.** Im „Lehrerheim“ teilt Anstaltslehrer Harm in Winnenthal mit, daß S. M. der König seiner Bitte um Uebernahme der Patentstelle bei seinem jüngstgeborenen 7. Knaben entsprochen und für den Neugeborenen nebst den Wünschen für dessen Wohlergehen einen kostbaren silbernen Becher mit der Aufschrift bestimmt habe: König Wilhelm II. von Württemberg seinem Patentkinde Wilh. Karl Harm 1895. Stuttgart, 14. Februar. Königl. Verordnung, betr. die Einberufung der Ständeversammlung, Wilhelm II., von Gottes Gnaden König von Württemberg. Nach Anhörung unseres Königs Staatsministeriums haben wir beschlossen, die Ständeversammlung auf Mittwoch, den 20. Febr. 1895, zur Eröffnung des neuen Landtags in unsere Haupt- und Residenzstadt Stuttgart einzuberufen. Wir befehlen demnach, daß die Mitglieder der beiden Kammern am Dienstag, den 19. Febr. 1895, sich in Stuttgart einfinden und bei dem ständischen Ausschuss legitimieren. Unser Ministerium des Innern ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Gegeben Stuttgart den 9. Februar 1895. (Geg.) Wilhelm. (Gegengez.) Mittnacht. Faber. Sarwey. Nide. Pischel.

Stuttgart, 9. Febr. Mit Note des königl. Staatsministeriums ist nach dem St. A. dem Präsidium des ständischen Ausschusses der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der auf das Volksschulwesen bezüglichen Gesetze, zur Einleitung der Beratung in der Ständeversammlung, zunächst der Kammer der Standesherrn, zugegangen. Der letzte Artikel des Entwurfs schlägt vor, die Bestimmungen der Art. 15 bis 18 (Mindestgehälter der Unterlehrer etc., Eintritt der pensionsberechtigten Dienstzeit nach Vollendung des 25. Lebensjahrs, Verlassung der Dienstbezüge bei Krankheit) mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1894 an in Wirksamkeit treten zu lassen.

Stuttgart, 10. Febr. Bei der Landtagswahl am 1. Febr. war im Neckar-, Jagst- und Donaukreis die Wahlbeteiligung so ziemlich die gleiche, nämlich 72,75, 72,90 und 72,53 Prozent der Wahlberechtigten. Im Schwarzwaldkreis stimmten 77,33 Prozent ab. Am stärksten wurde in Spächingen mit 89,2 Prozent, am schwächsten in den Bezirken Tettnang mit 49,5 Prozent und Nürtingen mit 49,8 Prozent abgestimmt. Was die Zahl der Wähler in den einzelnen Bezirken anbelangt, so entspricht die Zahl der Wahlberechtigten in der guten Stadt Ellwangen ungefähr dem 30. Teile der Stuttgarter Wählererschaft.

Heilbronn, 8. Februar. Auch hier scheint das Wild unter der grimmigen Kälte und dem hohen Schnee zu leiden, denn dieser Tage stellte sich auf der Wache beim Pulvermagazin im Schießthal ein ausgehungertes Reh ein, es ließ sich von den Soldaten füttern und legte sich, wie ein Hund zum warmen Dien. Als man das Tier wieder in Freiheit setzen wollte, machte es davon keinen Gebrauch, sondern zog den Aufenthalt in der warmen Wachsstube vor.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Febr. (Landesproduktenbörse.) In der letzten Woche hat sich die Tendenz auf dem Getreideweltmarkt wieder befestigt, da die Offerten sowohl von Nord- als Südamerika höher kamen. England zeigte sich wieder stärker als Käufer und nahm besonders größere Posten neuen Plataweizen auf. Man kann deshalb einen Preisausschlag von durchschnittlich 25—30 % konstatieren. Es scheint, daß die Plata-Staaten doch eine kleinere Ernte als voriges Jahr haben; auch trug die onhaltende Kälte zur Befestigung des Weltmarktes bei. Auf den Landmärkten hat sich nichts neues zugetragen. Der Safruchtmarkt findet am nächsten Montag den 18. Februar, vormittags 10—1 Uhr im Lokal der Börse (Stadtgarten) statt. Die Muster sind an die Stadtgarten-Restaurations einzulassen.

Wir notiren per 100 Kilogramm: Weizen, Land 14 *M.*, ungar. 17 *M.*, bayer. 14,20—14,25 *M.*, niederbayer. 14,16,50 *M.*, Nicolajeff 14,90 *M.*, La Plata 15 *M.*, Gyra 14,40 *M.*, Cupatoria 15,50 *M.*, Kernen, Oberl. 14,25—14,20 *M.*, Ia. 14,75 *M.*, Markt, Oerste, ungar. 18,50 *M.*, württ. 13 *M.*, Lauinger 16 *M.*, Rieder 15,75 *M.*, Breisgauer 15,50 *M.*, Irant. 16 *M.*, Hafer, Land 11 *M.*, Land Ia. 12,50 *M.*, Ackerbohnen 12,60 *M.*

Mehlpreise per 100 Kilogr. inkl. Sack bei Wagenladung: Mehl Nr. 0: 26—27 *M.*, Nr. 1: 24 bis 25 *M.*, Nr. 2: 22,50—23 *M.*, Nr. 3: 20 bis 20,50 *M.*, Nr. 4: 17—17,50 *M.*, Suppengries — *M.*, Kleie ohne Sack 5,50 *M.* per 100 Kilo je nach Qualität.

Eingefendet.

Auf zur Wahl!

Morgen Donnerstag von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr findet die Wahl eines Abgeordneten zum Landtag statt. Es wird überflüssig sein, noch empfehlende Worte für unsern Kandidaten, Herrn **Aug. Binz**, zu machen; ein jeder frei- und richtigdenkende und für den wahren Fortschritt eingennommene Wähler giebt morgen seine Stimme ab für unsern in der freiheitlichen Sache und als wahren Volksmann durch und durch erprobten Kandidaten

Aug. Binz,

Kaufm. u. Gemeinderat in Winnenden.
Thue morgen jeder, Mann für Mann,
seine Pflicht und Schuldigkeit!

Beinstein. Eingefendet.

Zur Stichwahl möchten auch noch einige Bauern ein letztes Wort reden.

Die Einsender dieses haben bei der ersten Wahl Herrn Röhn in Buch gewählt. Da aber nun, nur durch die Kand. Dettinger, unser Kand. Röhn unterlegen ist und wir keinen Beamten in den Landtag schicken wollen, so möchten wir trotz dem in Waiblingen am Sonntag gefassten Beschluß allen Röhn'schen Wählern vorschlagen, jetzt Herrn Binz in Winnenden zu wählen, denn die Beamten werden doch nicht glauben, daß wir ihnen jetzt ihren Schultheißen wählen wollen, nachdem ihnen unser Kandidat, Herr Röhn, nicht gut genug war; wie du mir so ich dir.

Darum auf und wählet jetzt Herrn **Binz**.

Viele Wähler.

Eingefendet.

Erwiderung.

Im Waiblinger Amtsblatt wird Herr Schweizer z. Stern als derjenige genannt, welcher dem Herrn Schultheiß Dettinger die Kandidatur angetragen haben soll; demgegenüber ist hervorzuheben, daß Herr Schweizer gar nicht in der Lage war, über die Kandidatur der Volkspartei zu verfügen; so undemokratisch geht es in der Volkspartei nicht zu und es kann sich höchstens um ein Wirtshausgespräch handeln, welches von Dettinger'scher Seite auf acht deutschparteiliche Weise ausgenützt wird. An diesem Köder wird nicht viel hängen bleiben.

Eingefendet.

Zur Aufklärung.

Wie wir in unserer Ausführung im letzten Blatt vermuteten, so wird richtig jetzt schon von den Agitatoren des Herrn Schultheiß Dettinger ausgesprochen, durch den Beschluß des Stuttgarter Volksvereins sei erwiesen, daß Volkspartei und Sozialdemokratie ein und dasselbe Endziel haben. Der Waiblinger Damenschneider ist seit letzten Sonntag zum Landwehr-Adjutanten avanciert und bereist unter Dettinger'schem Patent den hinteren Bezirk, um mit diesen Bau-Bau- u. Ammenmärschen für kleine und große Kinder Stimmenfang zu treiben. Die deutsche oder Herrenpartei sollte ganz müssig sein, denn es kann von niemand geleugnet werden, daß der heute in Stuttgart im Wahlkampf stehende deutschparteiliche Herr Dr. Schall in früherer Zeit einmal dem sozialdemokratischen Führer zwischen Licht und Dunkel einen Besuch gemacht hat, was sie da miteinander verhandelt haben, darüber gehen die Aussagen auseinander, aber einen leeren Anstandsbesuch hat er gewiß nicht gemacht. Niemand kann weiter leugnen, daß die deutsche Partei in Frankfurt und Magdeburg seiner Zeit durch ihre Stimmenabgabe den Sozialdemokraten zu Reichstagsitzen verholfen hat; darüber ist weder Deutschland aus den Fugen noch die Welt untergegangen. Aber eine Partei, welche solche Thaten auf dem Gewissen hat, sollte anständigweise in ihren Aufträgen gegen die Volkspartei vorsichtiger auftreten.

Im Jahr 1891 hat Herr Staatsrat v. Götz als Führer der deutschen Partei ausgesprochen, daß die von ihm befürwortete Vermehrung der Stuttgarter Abgeordneten zur Folge haben werde, daß Vertreter der Sozialdemokratie in den Landtag gelangen. Er fügte bei, daß dies gar nichts schade, wenn dieselben dort mitarbeiten müßten. Bei der Verfassungsrevisionsdebatte hat der leitende Staatsmann von Württemberg eine Mangelhaftigkeit des allgemeinen Wahlrechts darin gefunden, daß dasselbe noch keinen Arbeitervertreter in den Halbmondssaal gelassen habe, während es doch auch hierzu berufen sei. Der Ministerpräsident v. Mittnacht erklärte in der Kammer Sitzung vom 29. Mai 1894 wörtlich: „Es ist denn doch ein Beweis dafür, daß das allgemeine Wahlrecht nicht jedem berechtigten Interesse und nicht jeder Bevölkerungsklasse zur Teilnahme an der Volksvertretung verweigert. Es ist der Regierungs-vorschlag, der Stadt Stuttgart drei weitere Abgeordnete zuzuwenden, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach einer Vertretung der Arbeiter in diesen Saal den Weg bahnen wird. Wir haben diesen Vorschlag gemacht, weil er folgerichtig ist und in der Natur der Verhältnisse liegt. Man hat in Aussicht zu nehmen, daß, wenn der Vorschlag der Kommission bezüglich der Städtevertretung angenommen wird, noch weitere Gewählte der Arbeiterklasse in diesem Saale erscheinen werden.“

Eingefendet.

Zur Wahl.

Erwiderung.

Ein sich „Unbefangen“ nennender Einsender beklagt sich im letzten Blatt über die Mittel, welche die Anhänger des Herrn Binz gegen die Kandidatur Dettinger angeblich anwenden. Die Dettinger'schen Freunde arbeiten allerdings mehr im Geheimen, aber wenn wir deren Machinationen in die Öffentlichkeit bringen wollten, so würde ihnen schwerlich noch irgend ein Unbefangener einen Grund zur Klage einräumen.

Wir haben uns allerdings erlaubt, die Stellung des Herrn Dettinger als Schultheiß und Landwehr-Offizier als nicht vereinbar mit der notwendigen Unabhängigkeit eines Abgeordneten zu beleuchten und hierbei das Beispiel angeführt von Gebundensein an beiden Fäden; wir haben weiter gesagt, daß ein tüchtiger Schultheiß auf dem Rathhaus zu achten sei, aber deshalb doch noch nicht zum Abgeordneten taugte; wir haben getabelt, daß in seinen Wahlversammlungen unregelmäßige Wahlmänner betrieben worden seien und daß seine frühere politische Haltung mit seinem jetzigen freimüthigen Programm nicht in Einklang gebracht werden könne; wir haben seine Parteilosigkeit als nicht vereinbar mit einem offenen,

christlichen, politischen Charakter kritisiert. Das alles ist wahr und können wir in dieser Beziehung nichts zurücknehmen. Aber dieses berechtigt den Einsender keineswegs einen Gegenangriff auf die Ehrenhaftigkeit der politischen Gegner zu machen; nur immer hübsch zuerst vor der eigenen Thüre kehren. Unsere Selbstachtung verbietet uns, politische Gegner mit Erzfeind zu titulieren und der Liebewerben, versöhnungslüsterne Schlange den falschen Kopf zu zerretzen.

Eingefendet.

Die konservative Parteileitung in Waiblingen hat sich nun doch noch breitschlagen lassen, sie empfiehlt den Röhn'schen Wählern Dettinger zu wählen, denselben Herr Dettinger, welchen sie vor der Stichwahl wegen seiner abhängigen Stellung als Schultheiß und Landwehr-Offizier gerade so bekämpft hatte wie die Volkspartei. Das werden die Wähler nicht verstehen, sie werden nicht denjenigen auf Kommando wählen, welchen die Parteileitung vor acht Tagen als den Gegner bezeichnete; die konservative Parteileitung wird durch diesen Beschluß weder an Vertrauen noch an Einfluß gewinnen; uns von der Volkspartei kann es schon recht sein.

Eingefendet.

Im Blatte Nr. 18 unter der Ueberschrift „Aufklärung“ wird das Zusammengehen der Volkspartei mit der Sozialdemokratie im Stuttgarter und Cannstatter Wahlkreise in der Weise beschönigt, daß gesagt ist, Herr Rechtsanwalt Schall (der heutige Kandidat der deutschen Partei Stuttgarts) sei persönlich zu dem damaligen Führer der Sozialdemokratie gegangen, um denselben zu veranlassen, gemeinsam mit der deutschen Partei gegen die Volkspartei zu stimmen. Dieser Wendung hat sich auch Herr Friedrich Hausmann kürzlich bedient; in Wirklichkeit hat aber Herr Rechtsanwalt Dr. Schall schon am 10. November 1884 öffentlich erklärt: „Ich habe Herrn Bruno Geiser besucht, um möglichst bald und zuverlässig zu erfahren, welche Stellung offiziell die sozialdemokratische Partei in der Stichwahl einnehme, ob sie wie anderwärts Wahlenthaltung proklamire oder für Herrn Schott eintreten werde. Von dieser Stellung hing wesentlich die Form unserer weiteren Wahlagitation unter der Arbeiterklasse, welche ja allfälligerweise mit der sozialdemokratischen Partei nicht gleichbedeutend ist, ab. Ein Bündnis mit der sozialdemokratischen Partei habe ich ebensowenig beabsichtigt als Herr Geiser vorge-schlagen; ich habe ihm vielmehr bestimmt erklärt, daß meine Partei mit der sozialdemokratischen nicht paktieren könne, weil sie sich keine Bedingungen stellen lassen und keine Gegenleistungen machen wolle. Aus diesem Grunde habe ich auch eine Legitimation zu jener Besprechung bei dem Wahlkomitee für Herrn Tritschler weder nachgesucht noch erhalten, vielmehr die Unterredung nur zu meiner persönlichen Information herbeigeführt, was ich Herrn Bruno Geiser ausdrücklich bemerkt habe. Jede andere Darstellung erkläre ich für eine Unwahrheit.“

Stuttgart, 10. Nov. 1884.

(gez.) Rechtsanwalt Dr. Schall.

Die Entschuldigung der Volkspartei durch einen Vorgang der deutschen Partei zu ihrer heutigen Stellungnahme mit den Sozialdemokraten berechtigt zu sein, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Ein Wähler.

Eingefendet.

„Wertwüdig“, beginnt ein Eingefendet in No. 17 des Volks- und Anzeigeblatts; noch viel, viel „wertwüdig“ aber ist die dem Einsender dieses bekannte Thatsache, daß, lange bevor an eine Kandidatur über den Hohenstaufenbräu gedacht wurde, der Vorstand der Waibl. Demokraten den jetzt so bitter beschiedenen Hrn. Dettinger in Ebersbach fragte, ob er sich nicht der demokratischen Partei zur Verfügung stelle, welches Ansinnen von Hrn. Dettinger entschieden verneint wurde. Nun ihr Herrn Wähler, da hätten sich also die Herren Volksparteiler durchaus nicht gestoßen, weder am Schultheißen noch am Landwehr-Offizier; in diesem Fall wäre für die praktische Tüchtigkeit, Ehrenhaftigkeit und Charakterstärke mit aller Kraft die Werbetrommel samt Pauken u. Trompeten geschlagen worden. Wie stimmt dies nun mit der Selbstherrlichkeit u. der himmelhoch gepriesenen „unentwegten Konsequenz“ der demokratischen Partei?

Die Leistungen der Demokratie in Württemberg werden auch von anderer Seite mit nachsamem Auge verfolgt, aber einen greifbaren Erfolg hat auch sie noch niemals erzielt, auch wenn sie in der Mehrheit war, der Steuerzettel wurde nicht kleiner.

Die Wähler anderer Richtung als der Volkspartei lassen sich deshalb auch solch plumpen Wahlspek wie: Schultheiß, „Landwehr-Offizier“, „Stillgestanden“ und dergl. Unfinn mehr, nicht ein und es hieße den Wählern des Hrn. Röhn und Dettinger ein großes Quantum von Geistesarmut zumuten, wenn solche nach den vielen grundlosen Verdächtigungen ihrer Partei-Ansichten sich jetzt noch umstimmen ließen.

Daß Hr. Dettinger Vorstand einer bedeutenden Gemeinde ist, gereicht ihm nur zur Ehre; daß er Landwehr-Offizier ist, beweist seine persönlichen Fähigkeiten und Tüchtigkeiten auch auf anderen Gebieten; daß er's Herz und die Zunge auf dem rechten Fleck hat und seine Meinung jedem gegenüber energisch und mannhaft vertritt, ohne Ansehen der Person, das wissen alle, die ihn näher kennen; daß er endlich den Weinbau, die Industrie und Landwirtschaft von Jugend auf kennt und weiß, was not thut, wird ihm auch der Gegner nicht bestreiten können. Deshalb, wer Herrn Dettinger wählt, ist auch nicht auf den Kopf gefallen.

Auch ein Wähler.